

<b>Zeitschrift:</b>	Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
<b>Herausgeber:</b>	Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
<b>Band:</b>	85 (1991)
<b>Heft:</b>	7-8
<b>Artikel:</b>	Welche Rolle spielt die Unterstützung vom Ausland im Prozess der Befreiung? : Erfahrungen in einem peruanischen Armenviertel
<b>Autor:</b>	Peter, Toni
<b>DOI:</b>	<a href="https://doi.org/10.5169/seals-143629">https://doi.org/10.5169/seals-143629</a>

### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 13.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Welche Rolle spielt die Unterstützung vom Ausland im Prozess der Befreiung? Erfahrungen in einem peruanischen Armenviertel

*Bevor ich auf die Beantwortung der im Titel gestellten Frage eingehe, möchte ich vorausschicken, dass ich 1987 – 1990 in einem Armenviertel in Lima als Pfarrer gearbeitet habe. Zusammen mit einem befreundeten schweizerischen Ehepaar (Theologe und Handarbeitslehrerin) bildeten wir eine Pastoralequipe der Missionsgesellschaft Immensee. Bevor wir in diese Pfarrei kamen, hatte bereits eine Schweizer Equipe dort gearbeitet. Ich werde im folgenden zuerst die Situation der Pfarrei ganz kurz beschreiben, dann die nach unserem Verständnis grundlegenden Kriterien und Ziele internationaler Solidarität darlegen und schliesslich aufzeigen, welche Formen solidarischen Handelns in Europa uns in Peru am wichtigsten erschienen.*

T.P.

## 1. Kurze Beschreibung des Barrios

Meine Pfarrei umfasste insgesamt sechs Barrios, die zu verschiedenen Zeiten gegründet worden waren. Das älteste, grösste und zugleich ärmste Barrio wurde 1933 gegründet und zählte rund 6000 Einwohner. Es ist das älteste Armenviertel («Pueblo Joven») Limas. Im kleinsten Barrio lebten rund 1000 Einwohner. Die Pfarrei insgesamt hatte etwa 20000 Einwohner. Zum Barrio Villa de Fátima, in dem ich wohnte, gehörten rund 3000 Einwohner.

Im folgenden beschränke ich mich der Einfachheit halber auf dieses Barrio *Villa de Fátima*. Es wurde 1950 von Immigranten aus dem Hochland gegründet. Heute sind Wasser- und Stromversorgung eingerichtet. Da das Barrio an einem Hügel «klebt», ist es mit dem Auto nur bis zum Barrio-Eingang erreichbar. Weiter oben gibt es lediglich Treppen und schmale Fusswege. 80 Prozent der Bevölkerung sind Gelegenheitsarbeiter oder arbeitslos. Organisatorisch ist das Barrio in 16 Komitees zu je ca. 200 Bewohner unterteilt. Die wichtigsten Volksorganisationen sind – neben der Pfarrei – der Mütterclub, der «Vaso de Leche» (Organisation von Müttern, die vom städtischen Milchprogramm für Kinder Gebrauch machen), zwei Volksküchen (mit je ca. 50 Frauen) sowie die Fussballclubs (16 Vereine). Das Gesamt-

barrio hat eine gewählte Gemeindebehörde, die im Moment von der «Vereinigten Linken» gestellt wird. Wichtig ist auch die ideologische Präsenz von Sendero Lumíonso.

Man kann also sagen, dass es zwar eine minimale Volksorganisation gibt, dass diese aber auf äusserst schwachen Füssen steht. Das Bewusstsein von der Notwendigkeit kollektiver Lösungen für die gewaltigen ökonomischen und sozialen Probleme ist kaum vorhanden. Fast jede Familie sucht ihre individuellen Wege, um sich das Überleben für den nächsten Tag zu sichern. Auch das Prinzip der Selbsthilfe wirkt für die allermeisten Leute unverständlich und abstrakt. Es gibt kein entsprechendes Bewusstsein, um das Schicksal auch nur in die eigene Hand nehmen zu wollen. Die *Hilfeempfänger-Mentalität* sitzt noch tief. Überall versucht man, individuelle Hilfe, d.h. Almosen, zu ergattern. Von verschiedensten Seiten erwartet man solche Hilfe: von der Kirche, von der Regierung, in Wahlkampfzeiten von den Parteien und von den Kandidaten. Bettlermentalität, Passivität, tiefes Misstrauen in die eigenen Fähigkeiten, Minderwertigkeitsgefühle, opportunistische Verhaltensweisen, Unfähigkeit zur Selbstverantwortung sowie Misstrauen und Neid gegenüber den Nachbarn sind charakteristische psychische Eigenschaften von Slumbewohnern.

Dazu gehört auch das typische Nützlichkeitsdenken. Alle Beziehungen dienen letztlich dazu, persönliche Vorteile herauszuschinden. So etwas wie Solidarität und Freundschaft ist häufig blosses Mittel zum Zweck, also eine Art Zweckbündnis.

## **2. Kriterien und Ziele der internationalen Solidarität für die Befreiung der Armen in der Dritten Welt**

Zunächst ist es unabdingbar, dass wir uns dieser Rahmenbedingungen bewusst sind, bevor wir durch unser gutgemeintes solidarisches Handeln tätig werden. Sonst besteht allzu leicht die Gefahr, dass wir durch unser Verhalten eine passive (Hilfeempfänger)-Mentalität noch fördern, die doch gerade verändert werden soll. Als oberste Maxime würde ich daher formulieren: *Unsere Solidarität mit den Armen der Dritten Welt soll darauf abzielen, dass die Armen dort mehr Verantwortung für alle Aspekte ihres Lebens übernehmen.* Unsere Grundfrage darf nicht heißen: Was können wir tun, um bestimmte Probleme in der Dritten Welt zu lösen? Denn damit würden wir uns selbst als die entscheidenden verantwortlichen Subjekte einer sozialen Problemlösung aufspielen. Die Grundfrage muss vielmehr lauten: Was können wir beitragen, damit die Armen dort soviel Verantwortung erlangen, dass sie mit einem bestimmten Problem aktiv umgehen und seine Lösung an die Hand nehmen können?

### *«Befreiung für die Dritte Welt kommt nicht aus der Ersten Welt»*

Damit hängt etwas zusammen, das für mich zu einer fundamentalen Erkenntnis geworden ist und das einschneidende Konsequenzen für unser Solidaritätsverhalten hat: *Die Armen in der Dritten Welt selbst sind das entscheidende Subjekt ihrer Befreiung.* Für die Armen in der Dritten Welt heißt das, dass sie nicht darauf warten können oder dürfen, dass wir sie aus ihrer misslichen Lage befreien. Und für uns selbst heißt das, dass die Befreiung der Armen in der Dritten Welt nicht entscheidend von uns abhängt. Ein deutscher evangelischer Pfarrer in Lima hat das kürzlich in einem Brief knapp und klar auf folgenden Begriff gebracht: «Be-

freiung für die Dritte Welt kommt nicht aus der Ersten Welt.»

Zuerst und zuoberst kommt alles darauf an, dass die Armen selbst Subjekte werden, dass sie ihren Status als passive, abhängige Objekte fremder karitativer Hilfstatigkeit überwinden, dass sie lernen, ihr Schicksal selber zu bestimmen und ihre Befreiung selber zu organisieren. Das setzt einen langen und schwierigen Prozess der Bewusstseinsbildung, der «Pädagogik der Unterdrückten» (P. Freire) voraus. Solange die Armen selbst das Bewusstsein ihrer eigenen Verantwortung und Subjekthaftigkeit nicht erreicht haben, läuft jede internationale Solidarität hochgradig Gefahr, die schon bestehende passive Hilfeempfänger-Mentalität zu bestätigen und die dringend notwendige Bewusstseinsveränderung der Betroffenen gerade zu verhindern. Sie würde damit nur nochmals dasselbe tun, was die traditionellen Systemrepräsentanten in Peru seit dem Kolonialzeitalter bis heute immer getan haben: die Armen als unmündige Kinder behandeln, regressive Verhaltensmuster und die Stabilisierung der herrschenden Verhältnisse fördern.

Bei der direkten Unterstützung mit Geld oder sonstigen Dingen waren wir deshalb in unserem Barrio äusserst zurückhaltend. Geschenke, welche die Leute nichts kosteten, gab es in keinem Fall. Gratis-Lebensmittelverteilung kam also überhaupt nicht in Frage. Falls die Pfarrei Lebensmittel bekam, gaben wir sie an die *Volksküche* weiter. Die Volksküche war eine Art Genossenschaft von rund 50 eingeschriebenen Frauen. Jedes Mitglied war verpflichtet, turnusgemäss in einer Equipe das Essen vorzubereiten sowie einmal pro Woche an einer Genossenschaftsversammlung teilzunehmen, an welcher Wahlen durchgeführt (halbjährlich), der Stand der Buchhaltung präsentiert, Finanzierungsaktionen für den Unterhalt der Küche (Kerosin, Transport der Lebensmittel, neue Küchengeräte usw.) beschlossen und geplant, Sanktionen gegen säumige Genossenschafterinnen verhängt oder einfache Vorträge über Hygiene und Präventivmedizin geboten wurden. Nur die eingeschriebenen Mitglieder waren berechtigt, das Essen in der Volksküche zu beziehen. Und selbst für sie waren die Menüs nicht gratis, sondern nur verbilligt (dank der Tatsache, dass Ca-

ritas-Lima einige Lebensmittel wie Milchpulver oder Getreide gratis zur Verfügung stellte).

### Kriterien der Geldhilfe

Bei der Geldhilfe hatten wir von der Pastoralequipe uns auf folgende fünf Bedingungen oder Kriterien festgelegt:

1. *Keine Privathilfe*, sondern nur Unterstützung für Gemeinschaftsprojekte.
2. Jede Hilfe setzt eine *markante Eigenleistung* voraus, und zwar nicht nur Gratisarbeit. (Bei kleineren Gemeinschaftsprojekten musste die betreffende Gruppe 50 Prozent der Materialkosten selbst tragen. Im Hochland haben einige unserer Equipoen den Brauch, für die Finanzierung des Dachs eines Raumes aufzukommen.)
3. Die Hilfe darf die *Eigenverantwortung der Betroffenen* nicht behindern.
4. Die Hilfe muss die *Selbstorganisation des Volkes* fördern (Solidarität, demokratische Strukturen, kollektive Entscheidungen).
5. Die Hilfe darf *keine bleibende Abhängigkeit* zur Folge haben.

Ein kleines Beispiel aus dem Gesundheitsbereich kann unsere Hilfspraxis verdeutlichen. In unserem Barrio kommt dreimal pro Woche ein Arzt vorbei, der ungefähr zu 40 Prozent von der Pfarrei (d.h. von unseren Spendengeldern) und zu 60 Prozent von dem unterhalten wird, was die Leute für die Konsultation zu bezahlen haben. Um die Gesundheitsversorgung zu verbessern, haben wir nicht dafür gesorgt, dass der Arzt jeden Tag ins Barrio kommt oder dass wir einen höheren Anteil an seiner Entlohnung übernehmen. Vielmehr wurde ein bescheidenes Projekt mehrerer *dezentralisierter Hausapotheiken* in Angriff genommen. Konkret wurden mehrere Gesundheitskurse (eine Art gehobene Samariterkurse) mit unserem Arzt durchgeführt. Dadurch wurden die Leute, die alle Kurse abgeschlossen hatten, in die Lage versetzt, die häufigsten Krankheiten (z.B. Durchfall, Bauchweh, Erkältung) und Verletzungen zu behandeln, wobei sie auch die elementarsten Medikamente ausgehändigt bekamen (die wiederum von der Gesundheitsorganisation Provida zur Verfügung gestellt wurden). Damit wollten wir erreichen, dass das Vertrauen der Leute in ihre eigenen Fähigkeiten geför-

dert werde, dass sie Eigenverantwortung übernehmen, dass das System der kleinen Hausapotheken die autonome Volksorganisation stärke und dass sie von fremden und teuren Ärzten unabhängiger würden.

Ein anderes Beispiel ist die oben erwähnte Volksküche, deren Aufbau wir mit einem Darlehen (das in Raten zurückbezahlt werden musste) unterstützt haben. Die Volksküche verlangt verschiedene Eigenleistungen (turnusgemässes Kochen, wöchentliche Versammlungen, gemeinsame Finanzierungsaktionen, reduzierte Preise für das Essen), sie fördert die Eigenverantwortung und die Selbstorganisation der betroffenen Frauen, die hier vielleicht zum ersten Mal in ihrem Leben *demokratische Entscheidungsprozesse* lernen und die Erfahrung machen, dass ihre Stimme etwas zählt.

### Mühsame Motivationsprozesse

Natürlich ist ein solches Problemlösungsverhalten (Aufbau eines Volksgesundheitsprojekts, Organisierung einer selbstverwalteten Volksküche) auch für uns selber als ausländische Pastoralequipe viel aufwendiger, langwieriger und mühsamer als jede assistentialistische Direkthilfe. Solchen Projekten gehen endlose Sitzungen und gemeinsame Planungen, mühsame Motivationsprozesse, zähe Phasen der Bewusstseinsbildung und der Volkserziehung, zermürbend langsame Fortschritte und auch unweigerliche Rückschläge voraus.

Oft steigen Leute, die im Projekt eine verantwortliche Rolle spielen, plötzlich aus. Dann müssen neue Leute motiviert, herangebildet und eingearbeitet werden. Manchmal kann es zwei oder drei Jahre dauern, bis wir mit fünfzig Familien, die sich zusammen aufgerafft haben, das erreichen, was wir unter Umständen mit dem direkten Griff zum Geldbeutel, oberflächlich gesehen, in fünf Minuten hätten erreichen können. Und doch ist das alles ein notwendiger Prozess und ein wichtiger *Bestandteil des Projektes* selber. Denn im Unterschied zu einer assistentialistischen Direkthilfe beginnt sich durch einen solch mühsamen Prozess etwas in den Köpfen dieser Menschen selbst zu verändern. Auch wenn es vielleicht äußerlich nicht direkt messbar ist, so bedeutet es doch einen gewaltigen qualitativen Fort-

schrift, dass diese fünfzig Familien im Laufe eines solchen Prozesses *Selbstvertrauen* gewonnen haben, dass durch eine verbesserte häusliche Hygiene weniger Krankheiten auftreten oder dass der Mann seine Frau und seine Kinder weniger prügelt, weil er sich nun weniger zum Alkohol hingezogen fühlt.

### **3. Konkrete Möglichkeiten solidarischen Handelns von hier aus**

Meine Erfahrungen in Peru teilweise über das Barrio Villa de Fátima ausweitend, möchte ich im folgenden etwas unsystematisch und vielleicht auch subjektiv vier konkrete Formen unserer Solidaritätstätigkeit hervorheben, die dazu beitragen können, lokale Befreiungsprozesse in der Dritten Welt zu unterstützen:

#### *a. Persönliches Anteilnehmen an den befreienden Kämpfen*

Ich nenne diesen Punkt bewusst an erster Stelle. Internationale moralische Unterstützung für Personen, Gruppen und Organisationen, die sich in der Dritten Welt unter schwierigen und oft gefährlichen Umständen für Befreiung und Veränderung ihrer Verhältnisse einsetzen, scheint mir etwas vom Wichtigsten zu sein. Sie stärkt das aufkeimende *Selbstbewusstsein und Subjektwerden* des armen Volkes, sie macht Mut in schwierigen Zeiten, motiviert zum Weitermachen. Es ist wirklich eine starke Erfahrung, in kritischen Momenten, da eine Gruppe oder Organisation diffamiert oder gar verfolgt wird, ein Solidaritätstelegramm aus dem Ausland zu bekommen. In solchen Momenten ist es für die Leute dort eine grosse Ermutigung und eine enorme Kraft zu wissen, dass man nicht allein ist, dass man sogar weit weg, in Tausenden von Kilometern Entfernung an sie denkt, mifiebert und Anteil nimmt an ihren schwierigen Kämpfen. Auch engagierte und in ihrem Bewusstsein fortgeschrittene Menschen sind immer wieder auf solche «Mutspritzen» und neuen Motivationen angewiesen. Von Martin Niemöller wird erzählt, dass er während seiner Haftzeit im KZ eine Depression überwand, als seine Frau zu ihm kam und ihm erzählte: «Selbst die Eskimos beten für dich!»

Diese Art des solidarischen Anteilnehmens ist gar nicht so aufwendig, und sie erübrigt auch die häufige resignative Frage, was wir denn in unserer ganzen Ohnmacht überhaupt an wirklichen Veränderungen bewirken können. Vorausgesetzt ist allerdings ein *persönlicher Kontakt* zu Personen oder Gruppen dort, sowie die Bereitschaft, sich minimal über ihre Situation und ihre Kämpfe zu informieren. Das ist, von aussen gesehen, nicht sehr spektakulär, für die engagierten Leute dort ist es aber von kaum zu überschätzendem Wert. Eine gute Möglichkeit, sich auf diesen Weg der Solidarität einzulassen, ist das Eingehen einer Partnerschaft mit einer Basisgemeinde, einer Pfarrei, einer Menschenrechtsgruppe, einer Frauenorganisation usw. in Peru (oder in einem anderen Land). Solche Partnerschaften ermöglichen die Etablierung fester gegenseitiger Kontakte, den permanenten Austausch untereinander, und sie machen solidarisches Handeln konkret, überschaubar, lebendig und persönlich. Sie bedeuten nicht einfach eine abstrakte und anonyme Solidarität mit irgend einer «Sache», sondern mit konkreten Freundinnen und Freunden, die eine bestimmte «Sache» personifizieren.

Ich möchte hier darauf hinweisen, dass mit den berühmten europäischen und nordamerikanischen *Arbeits- und Friedensbrigaden in Nicaragua* primär genau diese Form der Solidarität anvisiert war. Der Wert dieser Brigaden war weniger die direkte quantitative Arbeitsleistung als vielmehr die Absicht, den Nicas moralischen Rückhalt zu geben und ihnen konkret vor Augen zu führen, dass *ihre Revolution und ihr Kampf* gegen die Interventionspolitik der US-Regierung in aller Welt mit Hoffen und Bangen mitgetragen wird.

#### *b. Herstellen von internationaler Öffentlichkeit*

In eine ähnliche Richtung weist auch das Herstellen von internationaler Öffentlichkeit. Ich denke konkret an die Arbeit von *Amnesty International* und an die Praxis einiger Gruppen hier, mit Hilfe von «campos pagados» (Inserate) in dortigen Zeitungen Solidaritätsbotschaften zu veröffentlichen. Aus peruanischer Erfahrung kann ich sagen, dass dies äusserst wirkungsvolle Instrumen-

te sind. Ich erinnere mich an einen mutigen Staatsanwalt, Carlos Escobar, zuständig für die Untersuchung von Menschenrechtsverletzungen. Er untersuchte ein vom Militär am 14. Mai 1988 an der Zivilbevölkerung verübtes Massaker mit 29 Toten. Von Seiten des Militärs war er massivstem Druck und Morddrohungen ausgesetzt. Trotzdem liess er sich durch den Terror der Militärs und paramilitärischer Gruppen nicht einschüchtern. Bereits waren sämtliche Zeugen des Massakers verschwunden und später ermordet aufgefunden worden, und es war wirklich nur noch eine Frage der Zeit, bis auch der unbeugsame und unbequeme Staatsanwalt totgemeldet würde. Da startete AI innert kürzester Zeit eine seiner bekannten Briefaktionen zugunsten dieses Staatsanwaltes. Buchstäblich aus aller Welt wurden der Staatspräsident und die Armeespitze mit Briefen von AI überschwemmt, in denen um schonungslose Aufklärung des Massakers und um Schutz für den Staatsanwalt gebeten wurde. In der peruanischen Presse kam die AI-Kampagne ausführlich zu Wort. Das riesige internationale Aufsehen um diesen Fall war der Armee und dem Staat so peinlich, dass sie es sich nicht mehr leisten konnten, auch noch den Staatsanwalt zu eliminieren. Statt dessen wurde er «nur» des Amtes enthoben.

Eine ähnliche Wirkung haben auch die erwähnten «*campos pagados*», in denen sich internationale Gruppen mit verhafteten oder bedrohten Frauen und Männern von Menschenrechts- und Gewerkschafts-Organisationen solidarisieren. Diejenigen, die in Peru (und natürlich auch in anderen Ländern) die Menschenrechte systematisch verletzen, schämen sich zutiefst, wenn sie sich bewusst werden, dass ihre Praktiken international bekannt geworden sind. Sie fürchten die internationale Öffentlichkeit wie die Pest. Solche Aktionen bilden daher einen wirkungsvollen Schutz gegen unmittelbare Bedrohungen, abgesehen davon, dass sie für die Betroffenen auch einen gewaltigen moralischen Rückhalt darstellen.

### c. Politische Solidarität

Von Bedeutung bleibt selbstverständlich die politische Solidarität, wobei ich aber auch hier betonen möchte, dass der erste und ent-

scheidende Schritt in der Dritten Welt selbst getan werden muss. Wir dürfen nicht vergessen, dass die traumatischen Massnahmen der peruanischen Regierung zur Sanierung der bankroten Wirtschaft auf mehr oder weniger sanften *Druck des IWF* erfolgt sind. (Kurz vor seinem Amtsantritt Ende Juli 1990 hatte Präsident Fujimori dem IWF einen Besuch abgestattet und danach sein ursprünglich vorgesehenes Wirtschaftsprogramm radikal umgekrempelt.) Die bekannten Folgen dieser wirtschaftspolitischen Rosskur waren über Nacht die Streichung sämtlicher staatlichen Subventionen auf den Grundnahrungsmitteln, die dreissigfache Verteuerung des Benzinpreises und die durchschnittliche Versechsfachung der übrigen Preise des täglichen Bedarfs. Auch wenn nicht geleugnet werden darf, dass die vorausgegangene Regierung unter Alan García den desolaten Zustand der peruanischen Wirtschaft erheblich mitzuverantworten hatte, die verheerende Wirtschaftskrise also zu einem schönen Teil auf interne Ursachen zurückgeht, so ist es doch der IWF als Interessenvertreter des internationalen Kapitals, der die Art der heutigen Kur verordnet hat. Der politische Kampf gegen die Rezepte des IWF ist daher ein Teil der internationalen Solidarität.

Deutlich zu spüren bekommen die verarmten Sektoren in Peru auch die Auswirkungen der hohen *staatlichen Verschuldung*. Letztlich geht es ja dem IWF darum, in Peru Verhältnisse zu schaffen, die es erlauben, den internationalen Schuldendienst wieder aufzunehmen zu können. Und das Rezept dazu heißt Erhöhung der Staatseinnahmen und Reduktion der Staatsausgaben. In der Folge kam es dann eben auf der einen Seite zur bekannten Benzinpreiserhöhung um das Dreissigfache zwecks Erhöhung der Staatseinnahmen und anderseits zur Streichung der staatlichen Subventionierung von Grundnahrungsmitteln und anderer Sozialleistungen, zu Massenentlassungen in den staatlichen Betrieben sowie zur Reduzierung der Löhne und der Kaufkraft, um die Staatsausgaben zu vermindern. Die Konsequenzen dieser Art von Wirtschaftssanierung bekommen unsere Leute in den Armenvierteln auf schmerzliche Weise zu spüren, und die Bedeutung der internationalen Solidarität im Zusammenhang mit der Frage ei-

nes generellen Schuldenerlasses leuchtet unmittelbar ein. (Allerdings wäre ein Schuldenerlass allein noch keine Garantie, dass dieser auch wirklich den Armen zugute käme. Es müsste intern erst noch sichergestellt werden, dass die freigewordenen Gelder nicht in die Korruption und Günstlingswirtschaft absickern würden, womit nochmals die Bedeutung interner Faktoren angesprochen wäre...)

Um Peru einmal zu verlassen, wären als weitere Paradebeispiele politischer Solidarität der internationale *Südafrika-Boykott* (Früchteboykott, Bankenboykott) und die weltweite *Nicaragua-Solidarität* in den 80er Jahren zu erwähnen. Beides sind auch insofern Musterbeispiele, als die eigentliche und entscheidende Befreiung tatsächlich von den Leuten dort selber organisiert und erkämpft wird bzw. worden ist, während die internationale Solidaritätswelle nur subsidiär ihren Befreiungsprozess mitzutragen und zu begleiten brauchte (siehe oben).

Natürlich ist die konkrete Praxis der politischen Solidarität eine Stufe komplexer und manchmal auch abstrakter als die vorher genannten Solidaritätsformen. Viele von uns dürften sich überfordert fühlen, wenn es darum geht, selber konkret etwas gegen die Politik des IWF oder zur Lösung des internationalen Schuldenproblems zu tun. Deswegen sind unter diesem Punkt zum Teil auch eher *Organisationen* (Gewerkschaften, Hilfswerke, entwicklungspolitische Institutionen, Kirchen usw.) als Einzelpersonen angesprochen. Aber auch dann können wir immerhin entsprechende institutionelle Initiativen und Organisationen unterstützen oder innerhalb solcher Organisationen (Kirchen, Gewerkschaften) auf politische Solidarität drängen. Um nur ein Beispiel zu nennen: Mitglied bei der «Erklärung von Bern» oder bei der «Aktion Finanzplatz Schweiz – Dritte Welt» zu werden, wäre bereits eine konkrete Form der Einlösung der politischen Solidarität.

#### *d. Materielle Hilfe*

Als letzte Form der internationalen Solidarität möchte ich die materielle Hilfe nennen. Sie wird auch in Zukunft unerlässlich sein. Auch wir waren für unsere Arbeit in unseren Armenvierteln auf *Spenden aus der Schweiz*

angewiesen. Aber wie ich oben schon aufzuzeigen versuchte, ist materielle Hilfe von allen Solidaritätsformen die problematischste und gefährlichste. Assistentialistisch und paternalistisch gewährt, kann sie sich für das Bewusstsein und die Entwicklung der Leute verheerend auswirken.

Als kleines Beispiel möchte ich nur die *Anfänge unserer Volksküche* im Jahre 1985 (noch vor unserer Tätigkeit dort) anführen. Unsere Vorgängerequipe hatte mit den Frauen des Barrios schon einen längeren Prozess hinter sich, in dem es um den Aufbau einer gemeinsamen, selbstverwalteten Pfarrei-Volksküche und – damit zusammenhängend – um die Selbstorganisierung der ärmsten Frauen ging. Selbstverwaltung meinte nicht nur, dass die Frauen für die Mahlzeiten wenigstens symbolisch etwas bezahlten, sondern auch, dass sie gemeinsam die wöchentlichen Speisepläne bestimmten, den Preis pro Mahlzeit festlegten und unter sich turnusgemäß das Einkaufen und Kochen aufteilten sowie sonstige Aktivitäten beschlossen. Alle Entscheidungen sollten in der Gruppe fallen und so zu einer demokratischen Bewusstseinsbildung und Selbstorganisation der Frauen beitragen. Es kam denn auch zu einem vielversprechenden Start dieser Volksküche – genau bis zu dem Moment, als die neu in die Regierung gewählte APRA-Partei ins Barrio kam und allen Frauen, die der APRA beitreten würden, Gratis-Lebensmittel und sonstige Gunsterweise in Aussicht stellte. Außerdem eröffnete die APRA im Barrio selber eine staatlich subventionierte Volksküche, in der jede Arbeit von der Regierung bezahlt wurde. In dieser Volksküche konnten sich alle einschreiben, sofern sie Mitglied der APRA waren oder wurden. Damit bot die APRA-Volksküche das Gleiche wie die Volksküche der Pfarrei, mit dem Unterschied allerdings, dass die eingeschriebenen Frauen sich weder organisieren noch sonst ein Engagement eingehen mussten. Das Resultat war, dass fast alle Frauen aus dem autonomen Projekt der pfarreilichen Volksküche austraten und sich bei der APRA-Volksküche einschrieben, da diese ihre unmittelbaren Bedürfnisse billiger und bequemer befriedigte. Das Resultat war also, dass die autonomen Volksorganisationen und die erreichten Ansätze zur Selbsthilfe und zur Selbstorga-

nisation durch solche assistentialistische Hilfe massiv gefährdet wurden. Das Projekt der selbstverwalteten Pfarrei-Volksküche musste noch im gleichen Jahr begraben werden und wurde erst 1988 neu ins Leben gerufen, nachdem der Staat inzwischen bankrott gegangen war und von dort keine Hilfe mehr kam, so dass auch die APRA-Volksküche auf der Stelle wieder verschwand.

- Falsch eingesetzt, gereicht also materielle Hilfe letztlich mehr zum Schaden als zum Nutzen. Sie setzt eine genaue, ganzheitliche Kenntnis des Kontextes, der Mentalität der Leute, der örtlichen Zusammenhänge, der Eigenleistungen und der möglichen Folgen voraus. Jedenfalls ist es unabdingbar, dass sie den oben angeführten Kriterien genügt, sonst lässt man besser die Finger davon oder überlässt die Verteilung materieller Hilfe jenen spezialisierten *Hilfswerken*, die ihrer Projektpolitik die entsprechenden Kriterien zugrunde legen und auch über lokale Kenntnisse verfügen. Ich kann aus eigener Erfahrung bestätigen, dass das Fastenopfer stets den Kontakt mit uns und mit peruanischen Volksorganisationen aufgenommen hat und seine Projekte jeweils auf den ganzheitlichen Kontext abzustimmen sucht. Von materiellen Hilfeleistungen auf eigene Faust würde ich demgegenüber eher abraten.

#### 4. Eine Spiritualität der Solidarität

Der Grundsatz, dass in erster Linie die Armen selbst für ihre Befreiung verantwortlich sind, konvergiert mit neueren entwicklungstheoretischen Tendenzen, die ihre Aufmerksamkeit verstärkt auf die *endogenen (hausgemachten) Ursachen von Unterentwicklung* gelenkt haben (interne Bürokratie, Korruption, Günstlingswirtschaft, Verhaltensmuster, Bewusstseinshaltungen usw.).

Einige Beispiele sollen das Ausmass an *Bürokratie, Korruption und Günstlingswirtschaft in Peru* verdeutlichen: Zwischen 1985 und 1990, als die APRA-Partei unter Alan García an der Regierung war, wurde die staatliche Bürokratie schätzungsweise um zusätzliche 200 000 Parteimitglieder aufgebläht (von 700 000 auf 925 000). Viele dieser Neuangestellten haben zwar ihre staatlichen Stellen nie angetreten, sondern weiterhin in ihren jeweiligen Parteibüros

gearbeitet, den Lohn bezogen sie aber trotzdem vom Staat (fiktive Anstellungen). – Oder es kam vor, dass aufgrund der staatlichen Lohnliste in einem abgelegenen Dorf im Hochland zwei Krankenpfleger in einem staatlichen Gesundheitsposten hätten arbeiten müssen. Diesen Gesundheitsposten gab es aber gar nicht, und der vom Staat an die zwei fiktiven Krankenpfleger ausgezahlte Lohn verschwand irgendwo in der Tasche eines untergeordneten Verwaltungsbeamten. – Schlüsselstellen in staatlichen Betrieben wurden nicht nach dem Kriterium der beruflichen Qualifikation, sondern nach Parteizugehörigkeit besetzt. Nach dem gleichen Prinzip wurden interne Beförderungen vorgenommen: Sekretärinnen wurden über Nacht zu stellvertretenden Direktorinnen ernannt. Ihr einziges Verdienst war, Mitglied der APRA zu sein. Demgegenüber blieb qualifiziertes Personal auf seinen untergeordneten Posten sitzen. – Beim «paquetazo» (einschneidende wirtschaftspolitische Massnahmen zur Sanierung der Wirtschaft) vom September 1988 wurden zwar die Subventionen auf Brot und Reis massiv beschnitten, nicht aber die Subventionen für die Bierproduktion. Grund: Die Besitzer der grossen Bierbrauereien sind einflussreiche Mitglieder der APRA. – Von 1985 bis 1990 wurden 20 000 neue Lehrer angestellt, von denen die Hälfte gerade erst die Sekundarschule abgeschlossen, also keine Berufsausbildung hatten. Hingegen hatten sie etwas anderes gemeinsam: Sie waren Jungmitglieder der APRA. – Die Korruption ist praktisch allgegenwärtig. Mit Bestechungsgeldern kann man aus Steuerbeamten leicht Komplizen von Steuerhinterziehung machen. Viele Richter fällen ihre Urteile zugunsten jener Partei, die ihnen mehr zahlt. Schwierigkeiten beim Zoll können mit einem entsprechend grosszügigen Trinkgeld an die Zollbeamten vermieden werden. Bei entsprechenden Dollars drücken die Polizisten ein Auge zu. Bei dieser omnipräsenen Korruption ist es illusorisch, an die regulativen Kräfte des Marktes zu glauben. Eine sinnvolle Entwicklungsplanung ist nicht möglich, da die Korruption alles unterlaufen kann.

Diese wenigen Hinweise sollten genügen, um die Bedeutung endogener Ursachen für Unterentwicklung aufzuzeigen. Auch in

Peru sind sich die in der Befreiung des Volkes engagierten Kräfte bewusst geworden, dass externe Massnahmen, z.B. ein Schuldenerlass, fast zwangsläufig ins Leere greifen, wenn die endogenen Bedingungen nicht an der Wurzel verändert werden. Dies macht nun aber umgekehrt unsere Solidarität nicht überflüssig, wenngleich es ihr zweifellos etwas von ihrem hohen Leistungsdruck nimmt. Unsere Solidarität kann und soll solche endogenen *Befreiungsprozesse subsidiär unterstützen*.

Noch mehr als früher meine ich, dass echte Solidarität letztlich spirituell begründet ist. Solidarität heisst neutestamentlich Agape und meint, dass ich die Sache des/der anderen freiwillig zu meiner eigenen Sache mache. Sie bezeichnet meine Verantwortung für das Subjektsein des/der anderen. Besonders Johann Baptist Metz hat darauf hingewiesen, dass im christlich-jüdischen Gottesgedanken die *Option für das Subjektseinkönnen aller Menschen* enthalten ist. Das zeigt sich beispielhaft an der Befreiung Israels im Exodus: Menschen werden hier herausgerufen aus dem Sklaven- oder Objektstatus und zu Subjekten berufen. Auch die Glaubensgeschichten des Neuen Testaments sind Geschichten der dramatischen Bildung des Subjektseins, der Befreiung aus der Versklavung durch Zwänge und Ängste, durch Krankheit und Schuld. Diese göttliche Option für das Subjektwerden aller Menschen ist auch die Option der Christinnen und Christen in der Nachfolge Jesu. Wenn ich oben gesagt habe, dass das oberste Ziel und Prinzip unserer internationalen Solidarität das selbstverantwortliche Subjektwerden, die Befreiung vom passiven Abhängigkeits- und Objektstatus und die Überwindung der regressiven Hilfeempfänger-

mentalität der Armen in der Dritten Welt sein soll, so liegt hier der letzte theologische und spirituelle Grund dafür.

Und schliesslich noch ein Letztes, das meines Erachtens auch zur Spiritualität der Solidarität gehört: Wir sind hier immer ein bisschen in der *Versuchung* gewesen, die Armen in der Dritten Welt und ihre Kämpfe zu *idealisieren*. Mit ehrlicher Begeisterung haben wir für den neuen Menschen in Nicaragua geschwärmt, mit grossen Erwartungen und Hoffnungen haben wir die Armen in den lateinamerikanischen Basisgemeinden in den Rang vom Musterchristen und Lehrmeistern des Glaubens befördert, mit fast heiligmässiger Verehrung haben wir grossartige lateinamerikanische Bischofsgestalten auf der Kontrastfolie hiesiger Amtsbrüder bewundert. Das alles war gewiss eine einseitige Sicht der Wirklichkeit. Der neue Mensch, die alles überstrahlenden Basisgemeinden, die Oscar Romeros und Hélder Câmaras sind auch in Lateinamerika die Ausnahme und nicht die Regel. Wir müssen uns auch fragen, was eigentlich hinter solchen Idealisierungstendenzen steckt. Wollen wir damit den Armen noch zusätzliche ethische Lasten aufbürden? Warum müssen die Armen auch fromm, die Indios tapfer und die «Wilden» gut sein, damit sie in unseren Augen solidaritätswürdig sind? Gustavo Gutiérrez hat immer wieder betont, dass die Option für die Armen nicht darin gründet, dass die Armen moralisch besser sind, sondern darin, dass sich der Gott des Lebens ihres Elends erbarmt. Solidarität hat es nicht nötig, die Armen zu idealisieren. Solidarität heisst, ihre Sache im Kampf gegen die strukturelle Ungerechtigkeit zu unserer Sache zu machen, und zwar nicht *für sie*, sondern *mit ihnen und von ihnen her*.

### Kurs für Mission und Entwicklungspolitik

16. Wiederholung: 12./13. Oktober 1991 bis Ostern 1993

Dieses Angebot richtet sich an Frauen und Männer zwischen 18 und 40 Jahren, die bereit sind, mit weltweiter Perspektive für eine menschengerechte Entwicklung in der Schweiz und in der «Zwei-Dritt-Welt» einzutreten. Der Kurs umfasst zehn Wochenenden, eine Schlusswoche sowie Treffen in Regionalgruppen. Zwischen den Wochenenden sind Kursunterlagen zu studieren.

Leitung: Andreas Heggli, Markus Isenegger, Romero-Haus.

Anmeldung: bis 12. September; vorher muss ein Orientierungstreffen besucht werden; bitte Unterlagen sofort anfordern bei: Romero-Haus, Kreuzbuchstrasse 44, 6006 Luzern, Telefon 041 31 52 43.